



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

# **Geschäftsbericht des Bundesrates 2008**

## **Band II**



09.001 / II

## **Geschäftsbericht des Bundesrates 2008 – Band II**

Bundesratsbeschluss vom 11. Februar 2009

Einleitung .....	3
Bundeskanzlei .....	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten .....	8
Departement des Innern .....	18
Justiz- und Polizeidepartement .....	30
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	37
Finanzdepartement .....	48
Volkswirtschaftsdepartement.....	54
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation .....	64

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei  
ISSN: 1423-1786  
Art. Nr. 101.131D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern,  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Publiziert auch im Internet: [www.admin.ch](http://www.admin.ch)

## Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates: Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert: Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen.

### Zeichenerklärung:

\* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2008

## Bundeskanzlei

### Ziel 1: Abschluss der Legislaturplanung 2007–2011 und zukünftige Neuausrichtung des Perspektivstabs sowie der Grundlagenarbeiten

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Botschaft zur Legislaturplanung 2007–2011 ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. Januar 2008 verabschiedet.
- ▶ **Eine erste Diskussion über die Neuausrichtung des Perspektivstabs der Bundesverwaltung ist geführt.**  
Die Geschäftsleitung der Bundeskanzlei hat am 27. Oktober 2008 die Grundlagen für die Neuausrichtung des Perspektivstabs der Bundesverwaltung definiert und das weitere Vorgehen festgelegt.
- ▶ **Die Neukonzeption des Berichts «Herausforderungen» ist skizziert.**  
Abklärungen bezüglich der Neukonzeption des Berichtes «Herausforderungen» wurden eingeleitet.

### Ziel 2: Weiterentwicklung des E-Government

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Versuche zum Vote électronique sind ausgebaut und ein Versuch für Auslandsschweizer durchgeführt.**  
Nach eingehenden und gründlichen Vorbereitungsarbeiten hat der Kanton Neuenburg die im Guichet unique eingeschriebenen Auslandsschweizerinnen und -schweizer mit politischem Wohnsitz im Kanton Neuenburg seit der Volksabstimmung vom Juni 2008 in die Versuche mit Vote électronique einbezogen, soweit sie in der Europäischen Union oder in einem Staat wohnen, der das Wassenaar-Abkommen über den Umgang mit Dual Use-Gütern unterzeichnet hat. Mittlerweile haben sich gegen 200 Auslandsschweizerinnen und -schweizer für den Vote électronique im Guichet unique eintragen lassen, und mehrere Dutzend haben ihr Stimmrecht tatsächlich erfolgreich elektronisch ausgeübt. In den Kantonen Genf und Zürich laufen entsprechende Vorbereitungsarbeiten.  
Am 30. November 2008 haben erstmals bei einem eidgenössischen Urnengang alle drei Pilotkantone einen Versuch mit Vote électronique durchgeführt, und es konnten sich rund 135'000 Stimmberechtigte elektronisch an der Volksabstimmung beteiligen.
- ▶ **Die elektronische Abwicklung der parlamentarischen Vorstösse ist vorbereitet und das Projekt von der Geschäftsleitung genehmigt.**  
Das Projekt der Parlamentsdienste und der Bundeskanzlei wurde abgebrochen. Grund dafür ist der Bundesratsbeschluss vom 23. Januar 2008, wonach für den Bund ein GEVER eingerichtet werden soll.

► **Das Konzept zur Verbesserung der Wahl- und Abstimmungsinformation auf den Internetplattformen [www.ch.ch](http://www.ch.ch) und [www.admin.ch](http://www.admin.ch) ist erstellt.**

In einem ersten Schritt sind bei den Wahl- und Abstimmungsinformationen 2008 Verbesserungen vorgenommen, der Zugang zu den Informationen weiter vereinfacht und das Informationsangebot auf [www.ch.ch](http://www.ch.ch) ausgebaut worden. Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2011 ist ein Konzept für eine umfassende Erneuerung von «Wahlen und Abstimmungen» in Arbeit.

► **Es ist bestimmt, welche Prozesse mit den Kantonen abgestimmt und elektronisch abgewickelt werden sollen.**

Im Rahmen des priorisierten Vorhabens über ein einheitliches Inventar und eine Referenzdatenbank öffentlicher Leistungen der E-Government-Strategie Schweiz sind die ersten Grundlagen erarbeitet, um Behördenleistungen und Behördengänge systematisch zu inventarisieren und zu dokumentieren. Die dafür notwendigen eCH-Standards sind vorhanden, respektive wurden vom Verein eCH standardisiert und stehen allen Verwaltungen zur Verfügung. Erste Behördenleistungen aus Kantonen und Gemeinden sind entsprechend beschrieben und dokumentiert.

► **Die Erneuerung des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen ist im Detail festgelegt und der erste Migrationsschritt vorbereitet.**

Der Vertrag mit dem beauftragten Unternehmen wurde Ende September 2008 unterzeichnet, die Detailplanung ist erstellt. Gemäss der gegenwärtigen Planung soll das neue Informatiksystem Ende Juni 2010 eingeführt werden.

► **Das Konzept zur besseren Warnung und Information in ausserordentlichen Lagen steht zur Umsetzung bereit.**

Der Konzeptbericht zur Information der Bevölkerung bei Naturgefahren ist erstellt und wird Anfang 2009 in die Ämterkonsultation geschickt, bevor über die Umsetzung des Konzeptes im Rahmen des Gesamtprojektes OWARNA in Absprache mit allen beteiligten Bundesstellen entschieden wird. Gleichzeitig wurde ein Konzept für ein Präventionsportal auf [www.ch.ch](http://www.ch.ch) erarbeitet.

### Ziel 3: Neuausrichtung der Krisenmanagementausbildung Bund

*Realisiert*

► **Die neue Leitung der Krisenmanagementausbildung Bund ist eingearbeitet und das Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre genehmigt.**

Die Leitung der KMA sowie die neu angestellten Projektkoordinatoren sind eingearbeitet. Das Netzwerk mit den relevanten Partnern im Bereich Krisenmanagement (Bund, Kantone, Privatwirtschaft, Lehre, Ausland) wurde aufgebaut. Das von der KMA anzubietende Portfolio an Übungen, Ausbildungen und weiteren Dienstleistungen im Bereich Krisenmanagement wurde genehmigt.

► **Die Strategische Führungsübung 09 ist rechtzeitig vorbereitet.**

Der Bundesrat hat am 12. Dezember 2008 einen Antrag über den Inhalt, den Zeitpunkt der Übung, die Lagebestimmung sowie die Teilnahme des Bundesrates und der Verwaltung verabschiedet. Szenario und Teilkonzepte in den Bereichen Regie, Ausbildung, Führungsunterstützung, Auswertung sowie Information sind bis Ende 2008 erstellt worden.

**Ziel 4: Neuausrichtung der Eidgenössischen Parlaments- und Zentralbibliothek**

*Realisiert*

► **Die Neuausrichtung der Eidgenössischen Parlaments- und Zentralbibliothek ist abgeschlossen.**

Der Bundesrat hat die Eidgenössische Parlaments- und Zentralbibliothek auf Antrag der Bundeskanzlei und im Einvernehmen mit dem Parlament auf den 1. Januar 2009 aufgelöst. Im Sommer 2008 wurden die Sammlungen der EPZB auf die «Bibliothek am Guisanplatz» und den Dokumentationsdienst der Bundesversammlung aufgeteilt.

**Ziel 5: Förderung der Mehrsprachigkeit**

*Realisiert*

► **Die Sprachdienste haben eine Veranstaltung zur Mehrsprachigkeit aus Anlass des internationalen Sprachenjahrs durchgeführt.**

Am 12. September 2008 haben gegen 200 Fachleute von Verwaltungen aus allen Sprachregionen der Schweiz am 3. Sprachentag der Bundeskanzlei in Bern teilgenommen. Der Anlass war dem Thema «Sprache und Identität» gewidmet und fiel mit dem UNO-Jahr der Sprachen zusammen. Er gab den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich gemeinsam weiterzubilden und über die Sprachgrenzen hinweg den beruflichen Austausch zu pflegen. Die nach der Veranstaltung eingegangenen Rückmeldungen der Teilnehmenden sind äusserst positiv ausgefallen.

► **Die Frage der Veröffentlichung von rätoromanischen Rechtsgrundlagen und Informationen ist mit dem Kanton Graubünden geklärt.**

Die Bundeskanzlei hat Ende 2007 mit der Standeskanzlei Graubünden ein Übersetzungsprogramm erarbeitet und 2008 eingeführt. Texte von besonderer Tragweite, namentlich ausgewählte Bundeserlasse, stellt die Bundeskanzlei der Öffentlichkeit auf Rätoromanisch zur Verfügung. Nach dem Obligationenrecht und ausgewählten Webseiten unter [admin.ch](http://admin.ch) wird die Bundeskanzlei das Zivilgesetzbuch und weitere Erlasse auf Romanisch anbieten. Die veröffentlichten Texte werden systematisch nachgeführt. Das Budget 2009 für die romanischen Übersetzungen wurde erhöht.



► **Die Erlasse in englischer Sprache sind nachgeführt und können zentral abgerufen werden.**

Anfang 2008 wurde das Content Management System des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen angepasst, um das bestehende Informationsangebot mit englischen Versionen erweitern zu können. Seither sind 36 nachgeführte Erlasse in englischer Sprache zentral und analog zu den landessprachlichen Fassungen auf der Website der Systematischen Sammlung abrufbar.

**Ziel 6: Optimierung der Sicherheit in der Bundeskanzlei**

*Teilweise realisiert*

► **Die Informationsschutz-Vorschriften sind umgesetzt.**

Die gesetzlichen Grundlagen wurden an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilt. Um auf spezifische Bedürfnisse eingehen zu können, fanden mit gewissen Sektionen Sitzungen statt. Der Aktenvernichtungsprozess wurde auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft. Ein Merkblatt zu den verschiedenen Informationsschutz-Vorschriften wurde ausgearbeitet; es wird bei der Verteilung der vertraulichen Geschäfte des Bundesrates beigelegt. Für die Richtlinien für Bundesratsgeschäfte (Roter Ordner) wurden Bestimmungen zum Umgang mit vertraulichen Geschäften des Bundesrates vorbereitet. Für 2009 wurden präzise Ziele zu Ausbildung und Sicherheit formuliert.

## Departement für auswärtige Angelegenheiten

**Ziel 1: Umsetzung aller bestehenden bilateralen Abkommen sowie Konsolidierung und Vertiefung der Beziehungen mit der EU in Bereichen von gemeinsamem Interesse**

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Die Botschaft über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Botschaft über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens wurde vom Bundesrat am 14. März 2008 verabschiedet.

- ▶ **Das Protokoll zur Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien ist unterzeichnet und die Botschaft vom Bundesrat verabschiedet.\***

Das Protokoll zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien wurde am 27. Mai 2008 unterzeichnet, die entsprechende Botschaft wurde vom Bundesrat am 14. März 2008 verabschiedet.

- ▶ **Die notwendigen Massnahmen zum Bestehen der Schengen-Evaluation (Ausfüllung des Evaluationsfragebogens, Planung der Evaluation durch EU-Experten vor Ort) sind ergriffen und die Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin vom Bundesrat genehmigt (z. B. Grenzschutzagentur FRONTEX, Rahmenbeschluss über den Austausch von Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden).\***

Die Assoziierungsabkommen zu Schengen/Dublin sind am 1. März 2008 in Kraft getreten. Die Evaluationen, die von EU-Experten in der Schweiz in den Bereichen Datenschutz, polizeiliche Zusammenarbeit, Visa, Schengener Informationssystem (SIS) und Flughäfen durchgeführt wurden, sind zufriedenstellend ausgefallen. Der EU-Rat gab am 27. November 2008 grünes Licht für einen vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zu Schengen. Die Schweiz trat am 12. Dezember 2008 dem Schengen-Raum bei. Was die Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes betrifft, teilte die EU der Schweiz seit der Unterzeichnung des Schengen-Assoziierungsabkommens 77 Weiterentwicklungen mit (Notifikation). Die notifizierten Rechtsakte oder Massnahmen werden je nach Inhalt vom Bundesrat zur Kenntnis genommen oder im Rahmen eines Notenaustausches übernommen, wenn sie Rechte oder Verpflichtungen begründen. Ein solcher Notenaustausch stellt aus schweizerischer Sicht einen völkerrechtlichen Vertrag dar, dessen Genehmigung gemäss den verfassungsmässigen Vorgaben entweder in der Kompetenz des Bundesrats oder in der des Parlaments liegt. Rund die Hälfte der mitgeteilten Weiterentwicklungen wurde lediglich zur Kenntnis genommen, die andere Hälfte wurde vom Bundesrat genehmigt, mit Ausnahme der zehn Weiterentwicklungen, die in den Kompetenzbereich des Parlaments fallen (z. Bsp. biometrische Daten, FRONTEX usw.).

- ▶ **Die für die Umsetzung der Abkommen über die Assoziierung Schengen/Dublin erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen sind erfolgt. Die praktische Anwendung der Assoziierungsabkommen im Visabereich durch die Auslandvertretungen ist mit Inkraftsetzen der Abkommen sichergestellt.**

Die Vorbereitungsmaßnahmen für die Umsetzung der Assoziierungsabkommen zu Schengen/Dublin (insbesondere gesetzliche Änderung oder Genehmigung, Anbindung der Schweiz an das Schengener Informationssystem SIS, Ausbildung der Migrations-

behörden, der Polizei und der konsularischen Mitarbeitenden des EDA) sind abgeschlossen. Bezüglich Visumerteilung wurden die konsularischen Mitarbeitenden sehr umfassend ausgebildet (Schulung in Bern und vor Ort sowie durch ein E-Learning-Programm). Die Vignetten für die Schengen-Visa wurden bestellt und an die konsularischen Posten verteilt.

► **Die Verhandlungen zur Anpassung des Abkommens über die Erleichterung der Zollkontrollen (24-Stunden-Regel) sind abgeschlossen.**

Die Verhandlungen zur Anpassung des Güterverkehrsabkommens (so genannte 24 Stunden Regel), das erleichterte Kontrollen und Formalitäten im Warenverkehr vorsieht, wurden fortgesetzt, eine grundsätzliche Einigung wurde am 5. Dezember 2008 erzielt.

► **Die Verhandlungen mit der EU im Bereich Bildung/Berufsbildung/Jugend sind aufgenommen.\***

Die Verhandlungen mit der EU im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend wurden am 9. April 2008 aufgenommen und sind beinahe abgeschlossen.

► **Die exploratorischen Gespräche in Bereichen von gemeinsamem Interesse (z. B. Agrarfreihandel, öffentliches Gesundheitswesen, Galileo) sind weitergeführt; Verhandlungen sind gegebenenfalls aufgenommen. Die Verhandlungen im Bereich Elektrizität sind weitergeführt und gegebenenfalls abgeschlossen.\***

Der Bundesrat hat am 14. März 2008 ein Verhandlungsmandat verabschiedet mit dem Ziel, mit der EU ein Freihandelsabkommen im Agrar und Lebensmittelbereich sowie eines im Bereich öffentliche Gesundheit abzuschliessen. Die Verhandlungen wurden am 4. November 2008 aufgenommen. Die exploratorischen Gespräche über den Austausch von Treibhausgasquoten und die Beteiligung der Schweiz am Satelliten Navigationssystem Galileo werden fortgesetzt. Weitere Verhandlungsmandate über eine erleichterte Beteiligung der Schweiz an Friedensmissionen der EU und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur sind in Vorbereitung. Im Elektrizitätsbereich werden die Verhandlungen fortgesetzt.

► **Das Gesuch der europäischen Kommission für die Finanzierung eines Erweiterungsbeitrags der Schweiz an Bulgarien und Rumänien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU ist vom Bundesrat beantwortet. Allfällige Gespräche zum Abschluss eines Memorandum of Understanding sind veranlasst und die Botschaft verabschiedet.\***

Das Gesuch wurde vom Bundesrat im Februar 2008 beantwortet. Die Absichtserklärung des Bundesrates wurde in Form eines Addendums zu der Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und dem Präsidenten des EU-Rates vom 27. Februar 2006 (Vereinbarung betreffend die 10 neuen Mitgliedstaaten, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind) ausgearbeitet und am 25. Juli 2008 unterzeichnet. Die Botschaft konnte dem Bundesrat im Berichtsjahr nicht vorgelegt werden.

## Ziel 2: Stärkung des bilateralen Beziehungsnetzes

*Realisiert*

- ▶ **Das Netz an privilegierten Partnerschaften, das der Bundesrat im Jahr 2005 beschlossen hat, ist vervollständigt. Weitere Absichtserklärungen (Memoranda of Understanding) zur Vertiefung und Systematisierung der bilateralen Beziehungen sind ausgearbeitet und vom Bundesrat verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 27. Februar 2008 ein Memorandum of Understanding zwischen der Schweiz und Südafrika über eine Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit verabschiedet. Am 14. August 2008 wurde mit Brasilien ein Memorandum of Understanding über eine strategische Partnerschaft unterzeichnet. Die Beziehungen zu den Ländern, mit denen die Schweiz eine privilegierte Partnerschaft (Russland und die Türkei) unterhält, wurden verstärkt und vertieft. Kontakte wurden auf den verschiedensten Stufen intensiviert und die Umsetzung der Absichtserklärungen in den vielen Einzelbereichen vorangetrieben.

- ▶ **Das im Mai 2006 unterzeichnete «Memorandum Establishing a Framework for Intensified Cooperation» zwischen der Schweiz und den USA ist umgesetzt.**

Das im Mai 2006 zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten unterzeichnete Memorandum of Understanding («Memorandum Establishing a Framework for Intensified Cooperation») ist umgesetzt. Die darin vereinbarte Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wurde fortgesetzt und durch zwei hochrangige Treffen intensiviert: Einerseits durch das Treffen zwischen der Vorsteherin des EDA und der US-Aussenministerin Condoleezza Rice vom 23. Januar 2008, in Zürich, und andererseits durch die Gespräche des Staatssekretärs des EDA mit seinem amerikanischen Amtskollegen, William J. Burns, Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im amerikanischen Aussenministerium, am 10. Juli 2008, in Washington.

- ▶ **Die Lösung des Flughafenproblems mit Deutschland ist koordiniert und gesamtheitlich, unter Einbezug der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, vorangetrieben.**

In den Vorarbeiten ist es gelungen, zusammen mit den Bundesstellen, den Grenzkantonen, darunter insbesondere dem Kanton Zürich, dem Flughafen und der Swiss, die Elemente einer umfassenden Partnerschaft für den grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum Nordschweiz – Südbaden zu entwickeln, wie sie u.a. von Wirtschaftskreisen in Südbaden gefordert und unterstützt werden. Am Treffen des Bundesrats mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel vom 29. April 2008 wurde ein Teilerfolg erzielt: Zwar lehnte die Bundeskanzlerin ein gesamtheitliches Vorgehen ab. Indes wurde vereinbart, dass die Arbeitsgruppe der beiden Verkehrsministerien eine gemeinsame Analyse der vom Flughafen Zürich ausgehenden Belastung nach international anerkannten Methoden vornehmen soll. Sie soll so rasch als möglich durchgeführt werden. Gestützt auf die Resultate dieser Analyse wird die Schweiz dann einen Vorschlag zum Betrieb des Flughafens Zürich machen.

### Ziel 3: Engagement der Schweiz zugunsten des Friedens, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Schweiz hat eine signifikante Beteiligung an der internationalen zivilen Präsenz in Kosovo erreicht.**  
Im Jahr 2008 standen insgesamt vierzehn Schweizer Bürger im Dienst der Internationalen Verwaltungsbehörde (ICO) und der Eulex-Mission der Europäischen Union.
- ▶ **Die neue Minenstrategie und die Strategie 2008–2011 des Bundes gegen illegale Kleinwaffen und leichte Waffen sind in Kraft.**  
Die neue Minenstrategie wurde von der Vorsteherin des EDA am 21. Dezember 2007 unterzeichnet und Anfang 2008 veröffentlicht. Die Strategie 2008–2011 des Bundes gegen illegale Kleinwaffen und leichte Waffen wurde im Juni 2008 verabschiedet und von den Chefs der zuständigen Ämter im EDA, VBS und EVD unterzeichnet.
- ▶ **Die Schweiz hat den Vorsitz in der Ottawa-Vertragsparteien-Konferenz übernommen.**  
Die Schweiz präsidierte die Ottawa-Vertragsparteien-Konferenz über das Verbot von Antipersonenminen, die vom 24. bis 28. November 2008, in Genf, stattfand.
- ▶ **Die Vernehmlassung zum Übereinkommen zum wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung vor den ernsthaften humanitären Risiken von Streumunition ist eröffnet.**  
Das Übereinkommen wurde erst am 3. Dezember 2008 unterzeichnet. Die Vernehmlassung konnte daher noch nicht eröffnet werden.
- ▶ **Die Migrationsstrategie des EDA 2009–2010 ist vom Bundesrat verabschiedet.**  
Die Strategie ist ausgearbeitet, konnte dem Bundesrat jedoch nicht mehr im Berichtsjahr vorgelegt werden.
- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren zum Bericht über das Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ist eröffnet.**  
Angesichts der Komplexität verschiedener, sich aus der Konvention ergebender Verpflichtungen und der beschränkten Ressourcen der betroffenen Bundesämter, konnten die notwendigen Abklärungen betreffend Vereinbarkeit mit dem Schweizer Recht erst gegen Ende Jahr abgeschlossen werden. Die Vernehmlassung konnte daher nicht im Berichtsjahr durchgeführt werden.
- ▶ **Der zweite und dritte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes von 1989 ist vom Bundesrat verabschiedet.**  
Der Bericht konnte im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden. Auf Basis der von den verschiedenen betroffenen Ämtern erhaltenen Informationen wurde ein erster, umfassender Berichtsentwurf erstellt. Am 29. Mai 2008 hat der Ausschuss des Übereinkommens neue Richtlinien für die Erstellung der Staatenberichte verabschiedet, die u.a. wesentlich kürzere Berichte als bisher vorsehen. Aus diesem Grund muss der Entwurf nun um etwa zwei Drittel gekürzt werden, bevor er den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet wird.
- ▶ **Eine diplomatische Initiative zum 60. Jahrestag der allgemeinen Menschenrechtserklärung ist lanciert.**  
Am 5. Dezember 2008 wurde die von internationalen Persönlichkeiten formulierte «Agenda für die Menschenrechte» erfolgreich lanciert. Sie geht auf eine Initiative der

Schweiz zurück und enthält die für den Schutz der Menschenrechte im 21. Jahrhundert relevanten Prioritäten.

- ▶ **Die Botschaft zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Der Bundesrat hat die Botschaft am 14. Mai 2008 verabschiedet.
- ▶ **Der Bericht über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2008 ist vom Bundesrat verabschiedet.**  
Der Bundesrat hat den Bericht am 10. September 2008 verabschiedet.

#### **Ziel 4: Stellung der Schweiz als Gaststaat festigen**

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft über die Realisierung eines Immobilienprojekts für die WTO (einheitlicher Sitz) ist vom Bundesrat verabschiedet.\***  
Die Botschaft wurde am 30. Mai 2008 vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat das Aussprachepapier «Schweizerische Sitzstaatspolitik – Stand und Ausblick» zur Kenntnis genommen.**  
Das Aussprachepapier wurde dem Bundesrat noch nicht vorgelegt. Das EDA hat entschieden, es erst im Verlaufe des Jahres 2009 dem Bundesrat zu unterbreiten.
- ▶ **Die Botschaft über die Genehmigung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) zugunsten der Europäischen Organisation für die Kernforschung (CERN) in Genf im Hinblick auf die Finanzierung der Erweiterung des Bürogebäudes Nr. 40 ist vom Bundesrat verabschiedet.**  
Anlässlich seiner Sitzung vom 27. Februar 2008 hat der Bundesrat diese Botschaft verabschiedet.

#### **Ziel 5: Förderung der Effizienz und Transparenz im UNO-System**

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Entscheidende Beiträge zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes durch den Menschenrechtsrat sind erfolgt.**  
Die Schweiz hat durch ihr starkes Engagement wesentlich zur Etablierung und zum guten Ablauf der Allgemeinen Periodischen Überprüfungen beigetragen. Die Allgemeine Periodische Überprüfung stellt die wesentliche Neuerung des Menschenrechtsrates dar und leistet einen Beitrag an die Verbesserung der Menschenrechtssituation vor Ort.
- ▶ **Konstruktive Beiträge zur Reform des Sicherheitsrates in den Bereichen Erweiterung und Arbeitsmethoden sind geleistet.**  
Die Schweiz setzte mit ihren Partnern (insbesondere jenen der Gruppe der S5, dazu gehören Costa Rica, Jordanien, Singapur und Lichtenstein) die Arbeiten bezüglich Reform des Sicherheitsrates fort und nahm aktiv an den Diskussionen der Arbeitsgruppe

der Generalversammlung über die Reform des Sicherheitsrats teil. Auf Antrag der S5 wurde im Sicherheitsrat eine offene Debatte zu diesem Thema einberufen.

► **Eine Initiative zur Erhöhung der Transparenz und Rechtsstaatlichkeit bei den Verfahren zur Terrorismusbekämpfung ist eingebracht.**

Am 5. Mai 2008 haben die Ständigen Vertreter Dänemarks, Liechtensteins, Schwedens und der Schweiz bei der UNO in New York anlässlich einer gemeinsamen Sitzung die Mitglieder des 1267 Sanktionen-Komitees über ihren Vorschlag zur Schaffung eines advisory panels informiert. Am 27. Mai 2008 haben dieselben Vertreter ein Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrates adressiert, mit der Bitte, die Idee eines advisory panels den Mitgliedern des Sicherheitsrats anlässlich der Erneuerung der Resolution 1267 im Juni zu unterbreiten. Dieses Schreiben wurde als UNO-Dokument am 2. Juli 2008 veröffentlicht. Leider hat der Sicherheitsrat diesen Vorschlag nicht in den Schlusstext seiner letzten Resolution aufgenommen.

► **Impulse zur Stärkung der Kohärenz und Effizienz der operationellen Tätigkeit der UNO im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sind erfolgt.**

Die Schweiz hat die Reform der operationellen Tätigkeit der Vereinten Nationen weiter unterstützt. Sie hat in der UNO-Generalversammlung und im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) mit Erfolg zwei Resolutionen im Themenbereich «Kohärenz und Effizienz der operationellen Tätigkeiten der UNO in der Entwicklungszusammenarbeit» gefördert. Die entsprechenden Texte konnten im Konsens verabschiedet werden. Die Schweiz hat insbesondere wichtige Impulse für die Verhandlungen über den operationellen Bereich von ECOSOC geliefert. Sie unterstützte aber auch die Verhandlungen der Gruppe der Entwicklungsländer, die sich im Frühling 2008 in Maputo traf, um Bilanz zu ziehen über die Auswirkungen auf die acht Pilotländer, die für die Umsetzung von «One-UN» ausgewählt worden waren. Ferner gewährte das EDA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit/DEZA) gewissen dieser Pilotländer, insbesondere Albanien, finanzielle Unterstützung.

► **Die Kontrolle der Tätigkeit der UNO und des UNO-Systems ist mit Schweizer Mithilfe verstärkt, insbesondere in den Bereichen Budgetdisziplin und Personalwesen.**

Die Schweiz hat dazu beigetragen, dass der neue unabhängige beratende Aufsichtsausschuss (IAAC) im Berichtsjahr seine Tätigkeit aufnehmen konnte. Zudem konnte das Büro für interne Aufsichtsdienste (OIOS) unter anderem dank dem Einsatz der Schweiz personell verstärkt werden. Weitere Reformmassnahmen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht, der resultatorientierten Mittelverwendung und der Stellung des Personals bei arbeitsrechtlichen Konflikten sind UNO-intern noch in Diskussion.

**Ziel 6: Stärkung der schweizerischen Präsenz in der UNO und in internationalen Organisationen**

*Realisiert*

- ▶ **Ein informatikgestütztes Instrument zum effizienteren Management von schweizerischen Kandidaturen bei den internationalen Organisationen ist evaluiert und eingeführt.**

Das neu entwickelte Informatikinstrument zum Management der Schweizer Kandidaturen ist Ende Oktober 2008 in Betrieb gesetzt worden.

**Ziel 7: Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland**

*Realisiert*

- ▶ **Die Schweiz hat sich an der Weltausstellung 2008 in Zaragoza als innovatives und vielfältiges Land präsentiert.**

Der Schweizer Pavillon «Unter dem See» vermittelte den rund 400'000 Besuchern ausführliche Informationen zum Thema Wasserreinigung in der Schweiz und sorgte über die gesamten drei Monate mit verschiedenen fachlichen und kulturellen Events für Abwechslung und ein vielseitiges Programm für Besucher, Fachpublikum und Medien. Besonders geschätzt wurde die seriöse Auseinandersetzung mit dem Expo Leitthema «Wasser und nachhaltige Entwicklung» sowie die Betreuung durch das Personal des Schweizer Pavillons.

- ▶ **Die Aussenvertretungen des Bundes sind in die anlässlich der EURO 08 im Ausland organisierten Projekte eingebunden.**

Am Aussennetzprojekt EURO 2008 beteiligten sich 58 Aussenvertretungen in 44 Ländern. In diesem Rahmen wurden von Februar bis Ende Juni 2008 weltweit rund 90 Veranstaltungen in sechs Kategorien mit über 100'000 Teilnehmern durchgeführt. Rund 40 Schweizerische Vertretungen gestalteten dabei einen Teil ihrer Aktivitäten in Zusammenarbeit mit österreichischen Partnern. Die Schweizerische Botschaft in Wien nutzte die Plattform EURO 2008 ausserdem für einen fundierten thematischen Austausch mit dem Partnerland Österreich. Gemeinsam mit der Organisation Präsenz Schweiz setzte die Botschaft vor und während der EURO 2008 ein Austauschprogramm zu den die beiden Länder verbindenden Schwerpunktthemen Wirtschaft, Politik, Verkehr und Kultur um.

- ▶ **Das House of Switzerland hat anlässlich der Olympischen Sommerspiele 2008 in Beijing auch in China ein grosses Medienecho erreicht.**

Von April bis Ende September 2008 erschienen in China insgesamt 411 Medienberichte zum House of Switzerland, davon 20 Fernseh- und 2 Radiobeiträge. 94% der Medienberichte in China sind in Medien mit nationaler Ausstrahlung publiziert worden, 4% in lokalen Medien von Peking und die restlichen 2% fielen auf Publikationen aus anderen Regionen. Die Medienberichte in China waren mehrheitlich positiv und zeigten, dass das House of Switzerland in China eine flächendeckende Medienberichterstattung generieren konnte.

Der AD Value aller Medienberichte entspricht über CNY 14 Mio. (ca. CHF 2,3 Mio.) und übersteigt bei weitem das investierte Kommunikationsbudget von CHF 800'000.



## Ziel 8: Integration der Geschäftsstelle Präsenz Schweiz ins EDA

*Realisiert*

### ► Die revidierte Organisationsverordnung des EDA ist vom Bundesrat verabschiedet.

Die Anpassung des Gesetzes über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland erforderte eine Totalrevision der entsprechenden Verordnung. Der Bundesrat hat am 12. Dezember 2008 die Verordnung über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland (Landeskommunikationsverordnung) sowie die angepasste Organisationsverordnung des EDA (OV-EDA) verabschiedet.

## Ziel 9: Umsetzung der wirkungsorientierten Führung im Aussennetz

*Realisiert*

### ► Die Umsetzung von VEKTOR ist erfolgt. Aussenpolitische Zielsetzungen und Ressourcensteuerung werden eng aufeinander abgestimmt. Die Auslandvertretungen handeln unternehmerischer und ressourcenbewusster.

Mit dem VEKTOR-Projekt wurde ein neues Führungs- und Steuerungsmodell für das schweizerische Aussennetz geschaffen, das auf einem Leistungskatalog, Geschäftsprozessen, Ressourcensteuerung und Controlling aufbaut. Heute haben 150 Auslandvertretungen der Schweiz Zugang zu einem Online-Informationssystem, das standardisierte Geschäftsprozesse enthält. Zudem verfügen sie über mehr Handlungsspielraum im finanziellen Bereich. Dieses Modell ermöglicht einen kostenbewussteren Umgang mit Ressourcen und bringt administrative Erleichterungen. 2008 hat das EDA die Projektergebnisse konkretisiert und mit der ergebnisorientierten Führung eine zweite Projektphase lanciert. VEKTORplus hat es ermöglicht, einerseits den Wandel der Unternehmenskultur fortzusetzen und andererseits auch auf Ebene der Zentrale die Grundsätze des VEKTOR-Projekts anzuwenden.

## Ziel 10: Voraussetzungen für die Zukunftsorientierung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit schaffen

*Überwiegend realisiert*

### ► Die Botschaft zum Rahmenkredit über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern ist vom Bundesrat verabschiedet.\*

Der Bundesrat hat die Botschaft am 14. März 2008 verabschiedet.

### ► Eine einheitliche Schweizer Entwicklungspolitik, welche für alle beteiligten Departemente und Akteure des Bundes gilt, ist vom Bundesrat verabschiedet.

Mit der Verabschiedung der Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vom 14. März 2008 hat der Bundesrat eine entwicklungspolitische Strategie des Bundes festgelegt. Ihr Geltungsbereich erstreckt sich auf die Südzusammenarbeit der DEZA und die wirtschaftlichen und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszu-

sammenarbeit des SECO. Eine Ausweitung auf die weiteren Akteure des Bundes ist für die nächsten Vorlagen der jeweiligen Botschaften geplant.

- ▶ **Im Rahmen der Reform der departementalen Gliederung der Bundesverwaltung hat der Bundesrat über das weitere Vorgehen zur Koordination von Aussenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit entschieden.\***

An der Klausursitzung vom 21. Mai 2008 hat der Bundesrat das Reformvorhaben betreffend die Neugliederung der departementalen Strukturen aufgegeben und sich für die Fortführung des Status Quo entschieden. Damit bleibt die Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12. Dezember 1977 weiterhin die Grundlage für die Koordination.

- ▶ **Die Motionen 06.3666 und 06.3667 der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (aufgrund ihres Berichts vom 8. Dezember 2006 zur Kohärenz und strategischen Führung der Aktivitäten der DEZA) sind umgesetzt.**

Die Motion 06.3667 (geografische und thematische Konzentration) ist mit der Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vom 14. März 2008 umgesetzt. Der Bundesrat hat die Zahl der Schwerpunktländer von 17 auf 12 reduziert und 10 Schwerpunktthemen festgelegt. Die gleiche Botschaft antwortet teilweise auf die Motion 06.3666, (Instrumente des Bundesrates zur strategischen Führung und gesetzliche Grundlagen), indem sie die Führungsinstrumente definiert. 2009 wird geprüft, ob eine Revision des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und der entsprechenden Verordnung relevant ist.

- ▶ **Die Position der Schweiz anlässlich der zweiten UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Monterrey+6, Doha, 2. Hälfte 2008) ist vom Bundesrat festgelegt.**

Der Bundesrat hat am 12. November 2008 die Position der Schweiz für die 2. UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Monterrey+6, Doha, 29. November bis 2. Dezember 2008) festgelegt.

- ▶ **Für die Jahre 2008–2015 ist vom Bundesrat eine verbindliche Quote für die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz festgelegt.**

Der Bundesrat hat die beiden Botschaften über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (DEZA) und über die Finanzierung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (SECO) auf der Grundlage eines APD-Ziels von 0,4% des Bruttonationaleinkommens (BNE) verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Finanzierung der multilateralen Entschuldungsmassnahmen ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2008 die Schweizer Beteiligung und Finanzierung der Wiederauffüllungen bei den Entwicklungsfonds einschliesslich der Kosten für die multilaterale Entschuldung beschlossen. Der Beitrag der Schweiz zur multilateralen Entschuldungsinitiative (finanzielle Verpflichtungen für die Phase II 2009–2019) wird über den Rahmenkredit für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer vom 14. März 2008 finanziert.

- ▶ **Die Wiederauffüllungen der Entwicklungsfonds sind vom Bundesrat beschlossen.**

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2008 die Schweizer Beteiligung und Finanzierung der Wiederauffüllungen bei den Entwicklungsfonds einschliesslich der Kosten für die multilaterale Entschuldung beschlossen.

▶ **Die zukünftige Organisationsstruktur der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ist vom Bundesrat im Rahmen der Verwaltungsreform festgelegt.**

An der Klausursitzung vom 21. Mai 2008 hat der Bundesrat das Reformvorhaben betreffend die Neuverteilung der Departemente gestoppt und sich für die Fortführung des Status Quo entschieden. Zur Umsetzung der in der Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern definierten entwicklungspolitischen Strategie des Bundes wurde die im EDA angesiedelte Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) umfassend reorganisiert.

▶ **Initiativen zur Deblockierung der IX. Welthandelsrunde («Doha-Entwicklungsrunde der WTO») sind vom Bundesrat eingebracht.**

Die Schweiz hat am Rande des WEFs im Januar 2008 ein Treffen auf Ministerienebene organisiert, das der Doha-Runde eine neue Dynamik verliehen hat und zum Ministertreffen im Juli 2008 in Genf führte. Während des ganzen Berichtsjahres setzte sich der Bundesrat in zahlreichen bilateralen Kontakten für den erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde ein. Auch wenn in den Verhandlungen im Juli 2008 kein Durchbruch gelang, so wurde doch nützliche Grundlagenarbeit für weitere Verhandlungen geleistet.

**Ziel 11: Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens vor der Gerichtsbarkeit**

*Nicht realisiert*

▶ **Die Botschaft zum Übereinkommen ist vom Bundesrat verabschiedet.\***

Die Erarbeitung der Botschaft hat eine Verzögerung erhalten. Das Ämterkonsultationsverfahren wurde am 11. Dezember 2008 eröffnet.

**Ziel 12: Zusammenarbeitsvertrag im internationalen Strafjustizbereich Eurojust**

*Realisiert*

▶ **Die Vernehmlassung zum Zusammenarbeitsvertrag ist eröffnet.\***

Der Bundesrat hat am 15. Oktober 2008 das Abkommen zwischen der Schweiz und Eurojust genehmigt. Am 27. November 2008 wurde es vom Eurojust-Präsidenten und der zuständigen Departementsvorsteherin in Brüssel unterzeichnet. Im Berichtsjahr vorgenommene Abklärungen ergaben, dass gemäss Vernehmlassungsgesetz eine Vernehmlassung nicht durchgeführt werden musste.

## Departement des Innern

### Ziel 1: Hochschul- und Forschungsförderung

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Vernehmlassungsergebnisse zum neuen Bundesgesetz über die Förderung und Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 30. Mai 2008 von den Vernehmlassungsergebnissen zum HFKG Kenntnis genommen. Die zuständigen Departemente, EDI und EVD, wurden beauftragt, den Gesetzesentwurf zu überarbeiten und eine Botschaft zu erstellen.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Forschungsgesetzes ist eröffnet.\***

Die Gesamtrevision des Forschungsgesetzes erfordert eine formelle Abstimmung mit dem neuen Bundesgesetz über die Förderung und Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG). Wegen der dort eingetretenen Verzögerung wurde sie zurückgestellt. Eine Teilrevision betreffend die Abstützung der Kommission für Technologie und Innovation im Forschungsgesetz wurde dennoch eingeleitet (Federführung EVD).

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes (Immobilientransfer und Anpassung der Führungsstruktur) ist eröffnet.\***

Der ETH-Rat ist in seiner neuen Zusammensetzung zum Schluss gekommen, dass für eine Änderung des ETH-Gesetzes weitere Diskussionen und Abklärungen erforderlich sind. Er strebt eine langfristige Lösung an, die auf breitem Konsens beruht und eine effiziente Steuerung des ETH-Bereichs ermöglicht. In diesem Sinne wurde die Teilrevision des ETH-Gesetzes vertagt.

- ▶ **Der Bundesrat hat im Hinblick auf die Hochschullandschaft Schweiz über das weitere Vorgehen betreffend einer möglichen Zusammenführung von Bildung und Forschung in einem Departement entschieden.\***

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. Mai 2008 beschlossen, die Regierungstätigkeit mit der geltenden Gliederung der Departemente bzw. ihrer bisherigen Zusammensetzung weiterzuführen.

### Ziel 2: Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum

*Teilweise realisiert*

- ▶ **Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend in den Jahren 2009–2013 ist verabschiedet.\***

Die Botschaft liegt noch nicht vor, weil die Verhandlungen über die offizielle Teilnahme der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU erst im April 2008 aufgenommen und nicht vor Ende 2008 abgeschlossen werden konnten.

- ▶ **Die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz am Fusionsforschungsprojekt ITER ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. April 2008 verabschiedet.

### Ziel 3: Schweizerische Weltraumpolitik

*Realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Bericht zur Revision der schweizerischen Weltraumpolitik Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.\***

Der Bundesrat hat den Bericht zur Revision der schweizerischen Weltraumpolitik am 15. Oktober 2008 zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Erklärung europäischer Regierungen über die Phase des Einsatzes der Träger Ariane, Vega und Sojus vom Raumfahrtzentrum Guyana aus (Intergovernmental Agreement, IGA) genehmigt und über das weitere Vorgehen entschieden.\***

Der Bundesrat hat am 20. Februar 2008 die «Botschaft zur Genehmigung der Erklärung europäischer Regierungen über die Phase des Einsatzes der Träger Ariane, Vega und Sojus von Raumfahrtzentrum Guyana aus» verabschiedet und über das weitere Vorgehen entschieden.

### Ziel 4: Vorsorgeeinrichtungen

*Realisiert*

- ▶ **Die Vernehmlassungsergebnisse zur Neuregelung der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen sind zur Kenntnis genommen und die Botschaft ist verabschiedet.\***

Der Bundesrat hat am 27. Februar 2008 von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, auf der Grundlage des in der Vernehmlassung unterbreiteten Modells eine Botschaft auszuarbeiten, welche die vollständige Ausfinanzierung innert 40 Jahren vorsieht. Am 19. September 2008 hat der Bundesrat diese Botschaft verabschiedet.

- ▶ **Die Vorlage einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe bezüglich der offenen Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsform von Vorsorgeeinrichtungen liegt vor; der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.**

Der Bundesrat hat am 27. Februar 2008 vom Bericht einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Kenntnis genommen. Er hat beschlossen, die offenen Fragen (Verbot von Neugründungen von Genossenschaften und Vereinheitlichung der Terminologie) im Rahmen der Botschaft zur Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften zu regeln. Diese Botschaft ist am 19. September 2008 verabschiedet worden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die von der Eidg. BVG-Kommission erarbeiteten Empfehlungen bezüglich Anlagevorschriften der Vorsorgeeinrichtungen zur Kenntnis genommen; er hat über die Änderungen der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) entschieden.**

Der Bundesrat hat am 19. September 2008 die Änderungen der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) bezüglich Anlagevorschriften in der beruflichen Vorsorge verabschiedet. Sie treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

#### **Ziel 5: Pilotversuch Assistenzbudget**

*Realisiert*

- ▶ **Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Zwischenevaluation Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen sowie allfällige Anschlusslösungen entschieden.**

Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2007 vom Bericht «Pilotversuch Assistenzbudget: Zwischensynthese» Kenntnis genommen und den Pilotversuch um ein Jahr bis Ende 2009 verlängert. Am 3. September 2008 hat der Bundesrat eine Aussprache über das weitere Vorgehen geführt und das Eidg. Departement des Innern beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage zur Einführung eines Assistenzbeitrages in der Invalidenversicherung auszuarbeiten. Der Assistenzbeitrag soll für die IV kostenneutral ausgestaltet werden.

#### **Ziel 6: IV-Zusatzfinanzierung**

*Realisiert*

- ▶ **Die Vorlagen sind im parlamentarischen Verfahren begleitet worden.**

Die beiden Vorlagen für eine Verfassungs- und eine Gesetzesänderung wurden vom Bundesrat bis zur Verabschiedung durch das Parlament am 13. Juni 2008 begleitet.

- ▶ **Eine allfällige Volksabstimmung ist vorbereitet.**

Der Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 für eine befristete Anhebung der Mehrwertsteuersätze (Verfassungsänderung) wird Volk und Ständen im Jahre 2009 zur Abstimmung unterbreitet werden, sofern das Parlament nicht darauf zurückkommt. Die Vorbereitungsarbeiten sind im Gang.

- ▶ **Die Vorarbeiten zu einer allfälligen Umsetzung sind abgeschlossen (Verordnungsanpassungen, Information etc.).**

Die im Zusammenhang mit der befristeten Anhebung der Mehrwertsteuer und der Einrichtung eines separaten IV-Fonds nötigen Verordnungsänderungen wurden in Angriff genommen. Das weitere Vorgehen ist abhängig vom Zeitpunkt und Ausgang der Volksabstimmung im Jahre 2009.

## Ziel 7: Umsetzung 5. IV-Revision

*Realisiert*

- ▶ **Die Umsetzung in den kantonalen IV-Stellen (Information, Schulung, Weisungen) ist begleitet worden.**

Durch vielfältige Informationsveranstaltungen, Schulungen und Weisungen sind der Paradigmenwechsel von der Renten- zur Eingliederungsversicherung vollzogen und der neue Ansatz der Eingliederungsarbeit vermittelt worden.

- ▶ **Die Umsetzung der im Gesamtprojekt «die Fünfte» erarbeiteten neuen Instrumente und Prozesse (Aufsicht, wirkungsorientierte Steuerung, Qualitätssicherung) ist vollzogen.**

Die IV-Stellen haben die Umsetzung der 5. IVG-Revision, und damit verbunden den Kurswandel von der Renten- zur Integrationsversicherung, vollzogen. Die Massnahmen der Frühintervention und der Integration sind eingeführt. Noch zu wenig genutzt wird das Instrument der Einarbeitungszuschüsse für Arbeitgeber.

- ▶ **Eine Evaluation der Umsetzung hat stattgefunden.**

Die Evaluation ist durchgeführt worden. Es gibt Durchführungsstellen, deren Resultate mehr zu überzeugen vermögen als andere. Die erforderlichen Massnahmen wurden mit den einzelnen IV-Stellen im Rahmen von individuellen Zielvereinbarungen festgesetzt.

## Ziel 8: Berichte zur Jugend- und Familienpolitik

*Überwiegend realisiert*

- ▶ **Der Bericht zu konkreten Massnahmen gegen die steigende Gewalt und Jugendkriminalität (in Erfüllung des Po. Amherd 06.3646 und des Po. Leuthard 03.3298) ist verabschiedet.\***

Der Bericht konnte nicht wie geplant 2008 verabschiedet werden, weil dessen Erarbeitung aufgrund der komplexen Thematik und des Einbezugs von externen Fachpersonen sowie Vertreterinnen der Vertreter der Kantone und Gemeinden mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen hat.

- ▶ **Der Bericht über die Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos (in Erfüllung des Po. SGK-N 06.3003) ist verabschiedet.\***

Der Bericht konnte nicht wie geplant 2008 verabschiedet werden, weil dessen Erarbeitung aufgrund der komplexen Situation beim System der Alimentenbevorschussung sowie des Einbezugs von externen Fachpersonen aus den relevanten Bundesämtern, ausserparlamentarischen Kommissionen und Nichtregierungsorganisationen mehr Zeit als geplant in Anspruch genommen hat.









































































































